

Qualifikationsplan Wien 2030

Gemeinsame Strategie für mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse über dem Pflichtschulniveau sowie die Erweiterung und Verwertung beruflicher Kompetenzen

Arbeitsprogramm III (2024–2026)

Wien, im Juni 2024

Inhalt

Inhalt.....	1
Vorwort	2
Einleitung.....	3
Status quo Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage	5
Aktuelle Herausforderungen	11
Überblick Handlungsfelder und Ziele	12
Handlungsfeld 1: Schule und Berufserstausbildung.....	13
Strategisches Ziel.....	13
Ausgangslage.....	13
Entwicklungsprojekte	14
Laufende Programme.....	18
Handlungsfeld 2: Berufliche Erwachsenenbildung.....	20
Handlungsfeld 3: Information und Motivation	28
Ausgangslage.....	28
Strategisches Ziel.....	29
Entwicklungsprojekte	29
Laufende Programme und Initiativen:	30
Strategische Steuerung und Monitoring	31
Impressum.....	32

Vorwort



Wien – ein Standort, der Zukunft schafft und Sicherheit bietet. Unsere Stadt ist nicht nur ein begehrter Standort für Unternehmen, sondern auch eine der lebenswertesten Metropolen weltweit. Um diesen Erfolgskurs fortzusetzen, ist es entscheidend, dass wir die Qualifikation der Wiener*innen als zentralen Standortfaktor stärken. Denn nur so können wir Arbeit und Wirtschaft effektiv miteinander verknüpfen und den Wirtschaftsstandort Wien weiterhin positiv entwickeln.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir allen Menschen in Wien die Möglichkeit bieten, durch Leistung ein gutes Leben zu führen und auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, möglichst vielen eine fundierte Berufsausbildung zu ermöglichen und die beruflichen Kompetenzen zu stärken.

Mit dem Qualifikationsplan Wien haben wir einen Meilenstein erreicht: Alle relevanten Akteur*innen haben sich zu einer gemeinsamen Zielsetzung verpflichtet – möglichst viele Wiener*innen sollen eine über die Pflichtschule hinausgehende Berufsausbildung erhalten. Unsere Botschaft „Meine Chance!“ steht dabei für die Unterstützung, die wir in Wien bieten!

Das Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2024 – 2026 skizziert die Herausforderungen, vor denen wir stehen, und die Initiativen, die wir ergreifen werden. Wir richten unser Augenmerk auf junge Wiener*innen, indem wir Berufsorientierung, Ausbildungsplätze und Unterstützung für einen erfolgreichen Berufsabschluss bieten. Gleichzeitig öffnen wir Erwachsenen im zweiten Bildungsweg Türen zu neuen beruflichen Möglichkeiten und Aufstiegschancen. Während andere Regionen über Fachkräftemangel klagen, sehen wir in Wien ein großes Potenzial, das wir durch gezielte Höherqualifizierung zu begehrten Fachkräften für unseren Wirtschaftsstandort formen.

Mein Dank gilt allen Partner*innen des Qualifikationsplans Wien 2030 für die bisherige und zukünftige Zusammenarbeit. Gemeinsam werden wir den Standort sichern und damit Zukunft schaffen.

KR Peter Hanke

Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Einleitung

Im Rahmen des **Qualifikationsplans Wien 2030** bearbeiten arbeitsmarkt- und bildungspolitische Einrichtungen des Landes Wien, des Bundes und die Sozialpartner ein für den Wirtschaftsstandort Wien zentrales Thema: Möglichst viele Wiener*innen sollen einen Berufs- und Bildungsabschluss über dem Pflichtschulniveau erlangen und bei der Erweiterung und Verwertung ihrer beruflichen Kompetenzen unterstützt werden.

Das grundlegende Ziel des Qualifikationsplans Wien 2030 ist, dass bis zum Jahr 2030 systematisch eine größere Anzahl der Zielgruppenpersonen einen über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungs- oder Berufsabschluss erlangen oder ihre beruflichen Kompetenzen erweitern. Langfristig soll der Anteil der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss in Wien gesenkt werden.

Der Qualifikationsplan Wien 2030 setzt **in drei Handlungsfeldern** an:

- Im Handlungsfeld **Schule und Berufserstausbildung** geht es darum, dass möglichst viele Jugendliche in der Erstausbildung zu einem über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss kommen.
- Im Handlungsfeld **Berufliche Erwachsenenbildung** steht im Zentrum, Erwachsene – egal ob sie beschäftigt oder arbeitslos sind – bestmöglich beim Nachholen von Bildungsabschlüssen oder bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse zu unterstützen. Der Erwerb und die Erweiterung von beruflichen Kompetenzen, auch wenn sie keine formale Qualifikation darstellen, ist in diesem Handlungsfeld ebenfalls von Bedeutung.
- Im Handlungsfeld **Information und Motivation** steht im Vordergrund, formal gering qualifizierte Personen mit den Angeboten zu erreichen und für Weiterbildung und Höherqualifizierung zu interessieren und zu motivieren. Die bestehenden Unterstützungsangebote sollen möglichst niederschwellig in die Lebenswelt der Zielgruppe gebracht werden.

Das vorliegende Arbeitsprogramm ist vor dem Hintergrund des **steigenden Fachkräftebedarfs** der Wiener Wirtschaft und wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge in Wien zu sehen. Die Höherqualifizierung von Menschen ohne berufliche Ausbildung ist eine der wesentlichen Handlungsoptionen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wien. Im Vergleich zu anderen Regionen und Bundesländern hat Wien ein großes Potenzial an Arbeitskräften zur Verfügung, das für die Höherqualifizierung aufgeschlossen werden kann und soll. Das Fachkräftezentrum für Wien, das im Jahr 2023 im waff eingerichtet wurde, verweist zurecht darauf, dass Fachkräftesicherung inhärenter Teil des Qualifikationsplans Wien ist.

In der Arbeitsperiode 2024–2026 wird es deshalb ganz besonders darauf ankommen, Wiener*innen, entsprechend des bestehenden und wachsenden Fachkräftebedarfs zu orientieren, sie zu informieren und ihnen passende und funktionierende Qualifizierungsangebote zu machen. Vor dem Hintergrund, dass die exakte Prognose des Fachkräftebedarfs einzelner Branchen oder Bereiche vielen Unwägbarkeiten ausgesetzt ist, werden der ständige und strukturierte Diskurs über den Fachkräftebedarf und Handlungsoptionen weiterhin von zentraler Bedeutung sein.

Grundvoraussetzung, um Menschen überhaupt in die derzeit sich abzeichnenden Themenfelder

- Digitalisierung
- Ökologisierung
- Daseinsvorsorge

qualifizieren zu können, ist es, die Ausbildungsfähigkeit herzustellen. Hier werden auch weiterhin große Herausforderungen für den Schulbereich bestehen, aber auch in der Integration von neu zugewanderten Personen. Weiters gilt es, hinreichende Kapazitäten an Ausbildungsplätzen sicherzustellen.

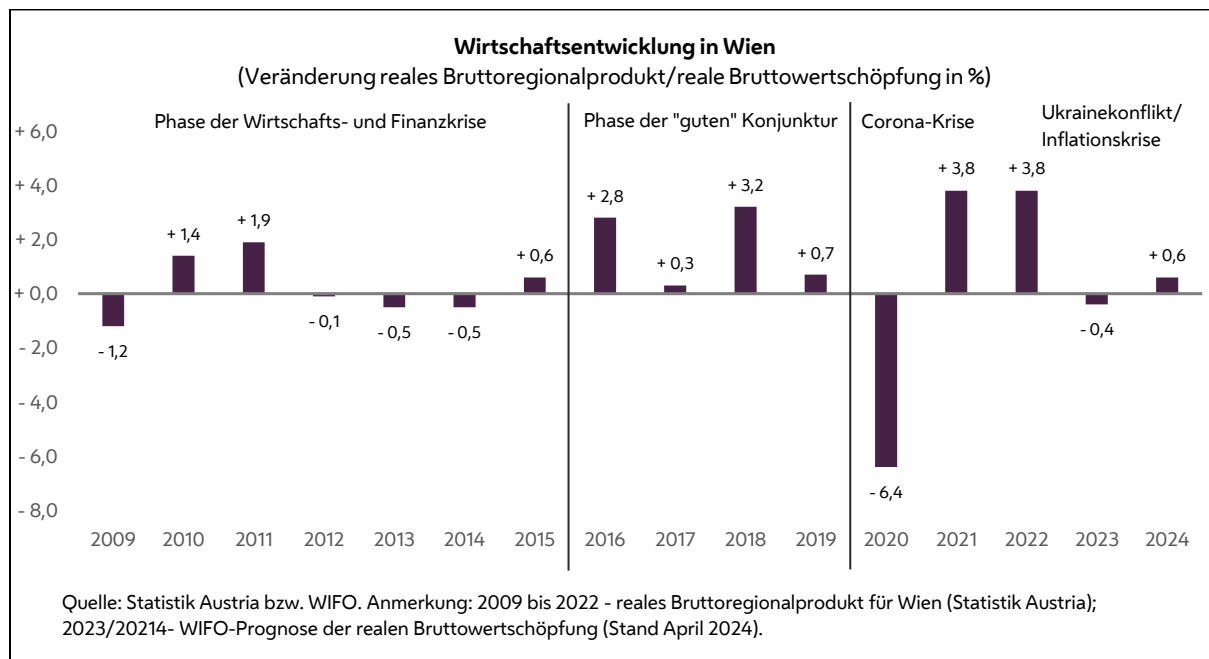
Das vorliegende Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2024 – 2026 skizziert, welche Schwerpunkte die umsetzungsverantwortlichen Einrichtungen bereits jetzt setzen oder planen und wo es noch Bedarf an vertiefter Auseinandersetzung und Entwicklung von neuen und richtungsweisenden Projekten gibt. Das Arbeitsprogramm gibt keine Auskunft darüber, wie viele Mittel eingesetzt werden können, weil das der Finanzierungs- und Steuerungslogik der jeweiligen Organisationen unterliegt. Dennoch wurden **quantifizierte Ziele** anhand von mehreren Indikatoren formuliert. Diese beruhen auf der Annahme, dass die gesetzten Maßnahmen in die gewünschte Richtung wirken.

Die begleitende **Steuergruppe** des Qualifikationsplans Wien 2030, in der alle relevanten Kooperationspartner*innen vertreten sind, wird die Umsetzung und Weiterentwicklung der gemeinsamen Anstrengungen auch in den Folgejahren begleiten.

Status quo Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Multiple Krisen haben Spuren in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung hinterlassen

Die Coronakrise hatte einen der schwersten wirtschaftlichen Einbrüche mit sich gebracht. Jedoch konnte bereits ab dem zweiten Quartal 2021 eine wirtschaftliche Erholung beobachtet werden. Durch die gute globale wirtschaftliche Entwicklung, das Zurückfahren der Corona-bedingten Schutzmaßnahmen und dem Abklingen der Lieferkettenprobleme kam es zu einem starken Rebound-Effekt.



Im Jahr 2021 und 2022 konnten in Wien reale Wachstumsraten von jeweils +3,8 % verzeichnet werden. Auch der lokale Arbeitsmarkt konnte von dieser unerwartet schnellen Erholungsphase spürbar profitieren. Im zweiten Halbjahr 2022 machte sich jedoch bereits eine konjunkturelle Abschwächung, hervorgerufen durch Inflationsdynamik, geldpolitische Eindämmungsmaßnahmen und einer nachlassenden ausländischen Nachfrage, bemerkbar. Im Jahr 2023 schlugen dann die negativen Folgen der Krisen gänzlich durch, was sich in einem Rückgang der realen Wirtschaftsleistung zeigte. Da die wirtschaftliche Erholung entsprechend den aktuellen Wirtschaftsprognosen im Jahr 2024 erst verzögert einsetzen wird, ist lediglich mit einem verhaltenen Wachstum zu rechnen.

Folgen des Ukraine Konflikts und der Inflationskrise zeigen sich am Wiener Arbeitsmarkt mit zeitlicher Verzögerung

Bislang hat die wirtschaftliche Abschwungphase eingeschränkt auf den Wiener Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Nach einer verhältnismäßig langen Phase von Rückgängen, steigt die Zahl der Arbeitslosen (inkl. Schulungsteilnehmer*innen) in Wien seit April 2023 wieder an. Auch die Anzahl der Langzeitbeschäftigungslosen erhöht sich seit Jänner 2024 wieder. Im Gegensatz dazu hält der Anstieg bei der Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse in Wien weiterhin an. Erst im November 2023 konnte in Wien mit rund 925.000 unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen ein historischer Höchststand erreicht werden. Jedoch haben die Beschäftigungszuwächse über die Monate deutlich abgenommen. Österreichweit ist die Beschäftigungszahl zuletzt sogar wieder gesunken. Wenn die

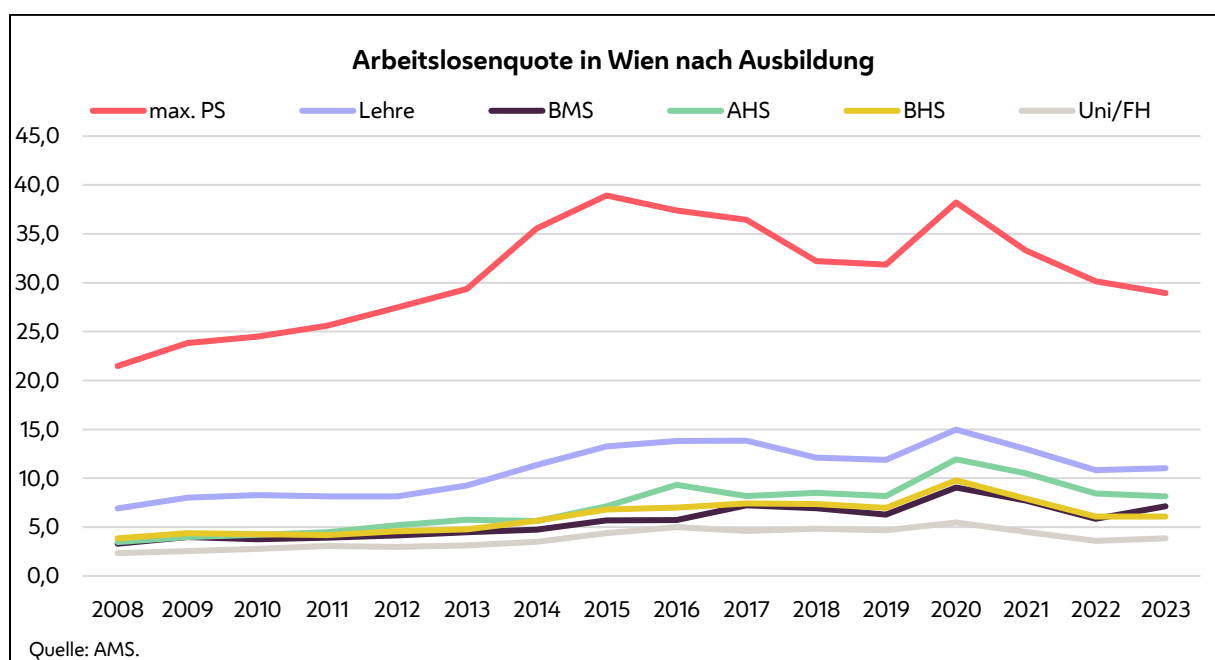
konjunkturelle Erholung noch längere Zeit ausbleibt, könnte sich die Entwicklung bei den Arbeitslosen in Wien weiter verschärfen und auch die Beschäftigungsdynamik ins Negative drehen.

Darüber hinaus gab es insbesondere im Zuge des Ukraine Konflikts einen starken Zuzug von geflüchteten Personen nach Wien. Neben Geflüchteten aus der Ukraine sind auch vermehrt Geflüchtete aus dem Mittleren Osten in Wien angekommen. Bei geflüchteten Personen handelt es sich grundsätzlich um eine Bevölkerungsgruppe, die ausgeprägten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt gegenübersteht und es deutlich schwerer hat am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Damit gehen auch höhere Arbeitslosenzahlen, insbesondere in der ersten Zeit nach Ankunft im Land, einher. Da ein Teil der geflüchteten Personen erst kürzlich nach Wien gekommen ist, ist mit weiteren Dynamiken am Arbeitsmarkt im Jahr 2024 zu rechnen. Demnach gilt es geflüchtete Personen in Wien bei der Arbeitsmarktintegration bestmöglich zu unterstützen.

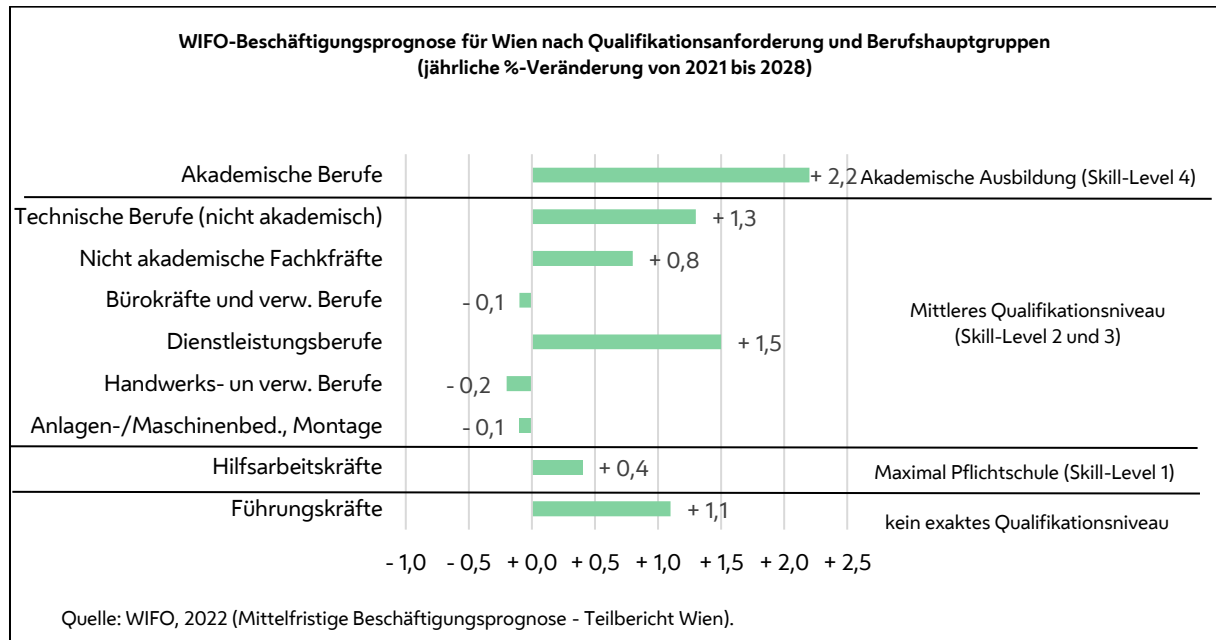
Arbeitsmarktintegration von Personen mit niedriger Qualifikation trotz Verbesserung weiterhin Herausforderung

Mit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 kam es in Wien bei Personen mit niedriger formaler Ausbildung zu einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosenquote bis 2015. Der Abstand zu den Arbeitslosenquoten von Personen mit höheren Ausbildungsniveaus hat sich sichtbar vergrößert. Erst mit dem Einsetzen der guten konjunkturellen Entwicklung ab 2016 ist die Arbeitslosenquote von Personen mit niedriger formaler Ausbildung wieder zurückgegangen.

Durch die Coronakrise wurde diese positive Entwicklung nur für eine kurze Zeit unterbrochen. Dabei konnten auch Personen mit niedriger formaler Ausbildung verstärkt von der Erholungs- und Aufschwungsphase ab 2021 am Wiener Arbeitsmarkt profitieren. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich auch im Jahr 2023 weiter und erreichte dabei in etwa das Niveau von 2013. Folglich zeigt sich für diese Gruppe seit 2016 ein überaus positiver Verlauf bei der Arbeitsmarktintegration in Wien, wenngleich sich das Niveau der Arbeitslosenquote noch deutlich über jenen der anderen Bildungsgruppen befindet.

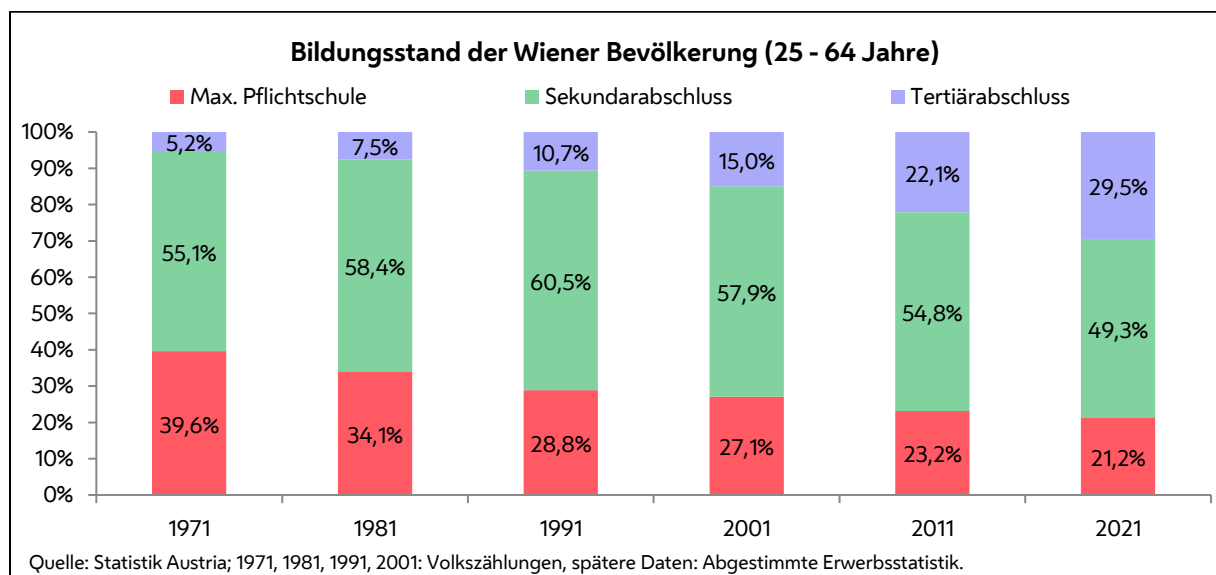


Auch in der aktuellen mittelfristigen Beschäftigungsprognose des WIFO wird ein positives Bild für die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung von Personen mit niedriger formaler Ausbildung in Wien gezeichnet. Zwar werden zukünftig insbesondere akademische Berufe, technische Berufe, Dienstleistungsberufe mit mittleren Qualifikationserfordernissen und Gruppe der Führungskräfte in Wien wachsen. Jedoch wird sich auch die Jobanzahl von Personen mit niedriger formaler Bildung erhöhen.

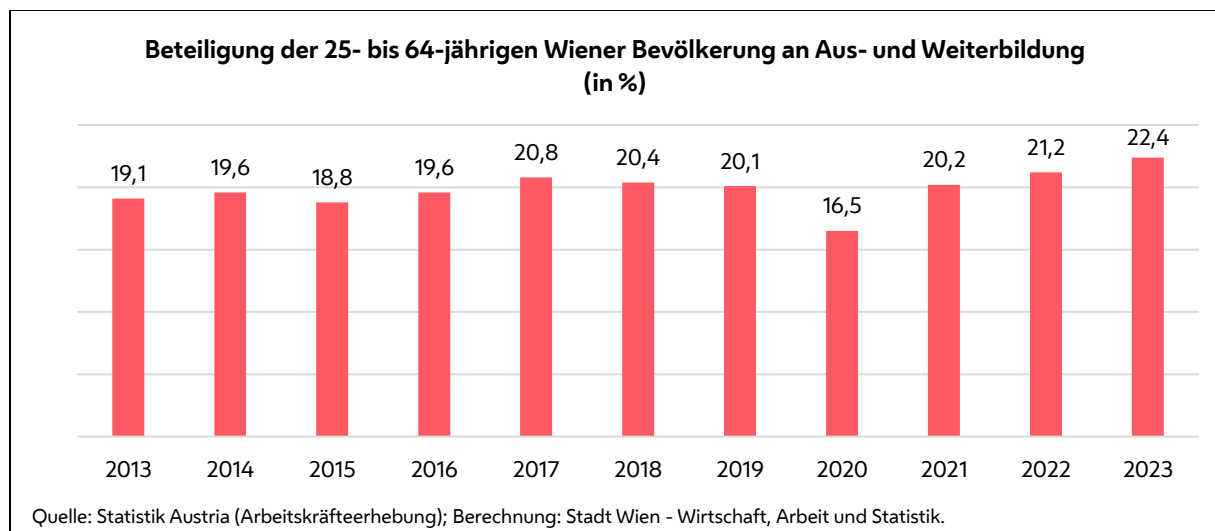


Anteil an Niedrigqualifizierten sinkt langsam, Weiterbildungsbeteiligung steigt

Innerhalb der letzten Jahrzehnte hat sich der Anteil der Wiener*innen mit max. Pflichtschulabschluss zwar deutlich verringert, zwischen 2011 und 2021 zeigte sich jedoch nur noch ein leichter Rückgang des Anteils in Wien. Der starke Anstieg an Personen mit akademischer Ausbildung kommt in erster Linie zu Lasten des Anteils an sekundären Bildungsabschlüssen zustande.



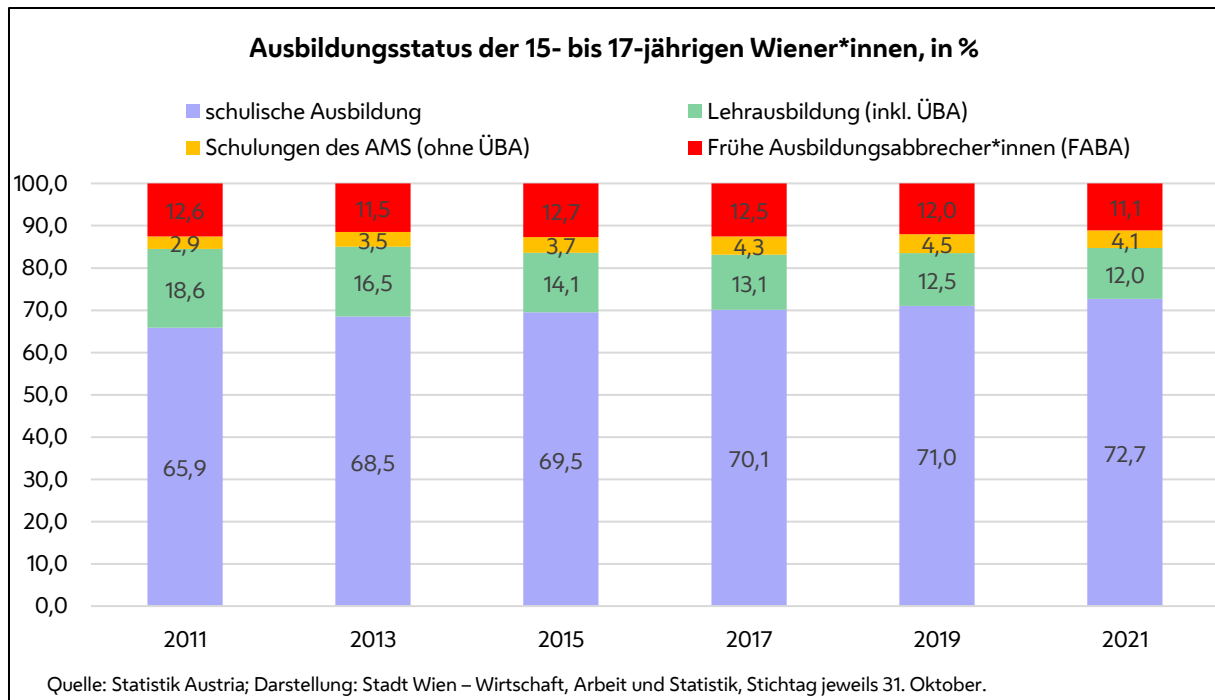
Für die Aus- und Weiterbildungsbeteiligung der Wiener*innen hatte die Coronakrise 2020 deutliche Auswirkungen. In den Folgejahren konnte das Vorkrisenniveau jedoch rasch wieder erreicht werden und 2023 wurde die bislang höchste Aus- und Weiterbildungsbeteiligung in Wien erzielt (22,4 %). Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang jedoch die enormen Unterschiede nach Ausbildungsniveau: Insbesondere Personen mit max. Pflichtschulabschluss nehmen deutlich seltener an Aus- und Weiterbildungen teil als formal höher qualifizierte Personen. So lag der Weiterbildungsindikator für Personen mit max. Pflichtschulabschluss im Jahr 2023 lediglich bei 8,5 %.



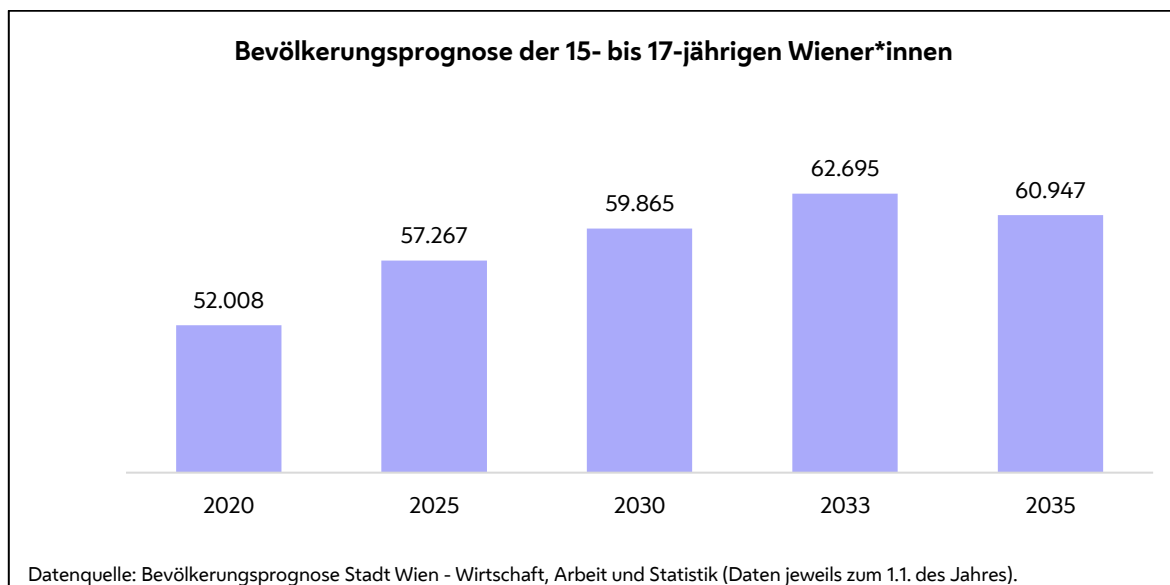
Ausbau der Zahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche aufgrund der demographischen Entwicklung als zentrale Herausforderung

Für eine Reduzierung des Anteils an formal Niedrigqualifizierten ist die Verringerung des frühzeitigen Ausbildungsabbruchs von Jugendlichen von zentraler Bedeutung. Innerhalb der 2010er-Jahre erhöhte sich die Zahl der 15- bis 17-jährigen Wiener*innen in Schulausbildung deutlich. Waren im Jahr 2011 noch 65,9 % der 15- bis 17-Jährigen in Schulausbildung, lag dieser Wert im Jahr 2021 bereits bei 72,7 %. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang der Zahl der Lehrlinge: Absolvierten im Jahr 2011 noch 18,6 % der 15- bis 17-Jährigen eine Lehre, waren es im Jahr 2018 nur noch 12,0 %.

Zwischen 10 % und 15 % der Wiener Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren brechen das Ausbildungssystem frühzeitig ab und sind dauerhaft von Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt bedroht. Der für die „Ausbildung bis 18“ maßgebliche Indikator der Frühen Schulabbrecher*innen (FABA) lag zwischen 2011 und 2021 konstant zwischen 11 % und 13 %. Insbesondere Jugendliche ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind von einem deutlich erhöhten Abbruchrisiko betroffen.



Eine besondere Herausforderung stellt die Bevölkerungsentwicklung der Wiener Jugendlichen dar. Die Zahl der 15- bis 17-jährigen Wiener*innen wird laut aktueller Prognose um mehr als 5.000 Jugendliche bis 2033 steigen. Diese Prognose verweist deutlich auf das Erfordernis Investitionen in das Wiener Ausbildungssystem zu tätigen, damit in Zukunft ausreichend Schul- und Lehrplätze in Wien zur Verfügung stehen. Ohne diese Investitionen besteht ein erhöhtes Risiko, dass der Anteil an ausgrenzunggefährdeten Jugendlichen in Wien zunimmt.



Zentrales Ziel für die nächsten Jahre: gut aus der konjunkturellen Schwächephase kommen

Die konjunkturelle Schwächephase hält in Österreich und in den EU-Ländern weiterhin an. Zuletzt wurden die Wachstumsprognosen für Österreich weiter nach unten korrigiert, da die wirtschaftliche Erholung bis dato ausgeblieben ist. Sollte die konjunkturelle Schwächephase weiter anhalten, so könnte der Druck auf den Wiener Arbeitsmarkt zunehmen, wodurch sich noch deutlichere negative Folgen für Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zeigen könnten. Darüber hinaus besteht generell auch Unsicherheit darüber, wann der Arbeitsmarkt von einer wirtschaftlichen Erholung profitieren wird können, sollte die Erholungsphase einmal einsetzen. Konjunkturelle Dynamiken schlagen sich tendenziell erst mit einer zeitlichen Verzögerung am Arbeitsmarkt nieder. Demnach könnten die aktuell negativen Entwicklungen am Arbeitsmarkt noch einige Zeit anhalten.

Der Zuzug von geflüchteten Personen aus Kriegsgebieten nach Österreich ist in einem hohen Maße in Wien konzentriert. Damit gehen große Herausforderungen und auch Chancen einher. Geflüchtete Personen benötigen nach ihrer Ankunft verstärkte Unterstützung, um am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Unter anderem Schulungen und Sprachkurse helfen dabei, die Beschäftigungspotentiale geflüchteter Personen zu erhöhen. Einige arbeitsmarktpolitische Unterstützungsmaßnahmen wurden bereits auf den Weg gebracht (bspw. Ausbau der Jugendcolleges für junge Geflüchtete in Wien). Jedoch werden noch weitere gezielte Maßnahmen für das Vorantreiben der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Personen in Wien von Nöten sein.

Darüber hinaus bringt die Arbeitsmarktsituation und Bevölkerungsentwicklung bei jugendlichen Wiener*innen weitere Herausforderungen mit sich. Die Zahl der Wiener*innen im Alter von 15 bis 17 Jahren wird weiter steigen, wobei zuletzt auch die Arbeitslosigkeit insbesondere bei Jugendlichen deutlich gestiegen ist. Hier braucht es gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die Arbeitsmarktsituation zu verbessern. Des Weiteren braucht es in Zukunft zusätzliche Investitionen ins Wiener Ausbildungssystem, um ausreichend Schul- und Lehrplätze gewährleisten zu können.

Aktuelle Herausforderungen

In Wien trübt sich die Wirtschaftsprognose ein und die Arbeitslosigkeit steigt, insbesondere bei jungen Menschen, die noch nicht lange in Wien leben und als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind. Wien ist weiterhin eine **wachsende Stadt**.

Die **Wiener Schulen** leiden an Platznot und Lehrermangel. Das angespannte System hat mit Kindern und Jugendlichen zu tun, die von den schwierigen Corona-Jahren psychisch belastet sind, teils gravierende Lerndefizite aufweisen und in ihrer kognitiven Entwicklung um bis zu zwei Jahre verzögert sind. Vor allem die Aufnahme von neu zugewanderten schulpflichtigen Kindern stellt die Wiener Schulverwaltung vor enorme Herausforderungen. Alle Einrichtungen für junge Menschen beschäftigen sich mit Themen wie Multikulturalität, Mehrsprachigkeit, mangelnde Deutschkenntnisse, Gewalt, Rassismus und Verhetzung. Bestehende Selektionsmechanismen im Schulsystem und die Benachteiligung von Kindern aus armutsbetroffenen Familien oder mit Eltern mit niedrigem Bildungsstand bleiben bestehen. Wien hat für die gewachsene Zahl von jungen Menschen ein **zu niedriges Angebot an Aus- bildungsplätzen** sowohl in weiterführenden (berufsbildenden Schulen) als auch in der Lehre. Die etablierten Unterstützungsstrukturen und Kompensationsmaßnahmen des Sozialministeriumsservice, des AMS und anderer Akteure sind nach wie vor nicht mehr wegzudenken und es tauchen immer wieder neue Problemstellungen auf, die einer strukturierten Bearbeitung bedürfen.

Wer das Schulsystem ohne oder mit **max. Pflichtschulabschluss** verlässt, hat eine **schlechte Ausgangsposition** am Arbeitsmarkt. Immerhin besteht die Möglichkeit, die berufliche Situation durch das Nachholen eines Berufs- oder Bildungsabschlusses oder durch berufliche Weiterbildung zu verbessern. Die Bund/Länder **Initiative Erwachsenenbildung** wurde unter dem neuen Namen „Level-Up – Erwachsenenbildung“ zwar finanziell aufgestockt, jedoch wird dies nur die inflationsbedingten Kosten abdecken und keine Ausweitung der Kapazitäten ermöglichen. Das **Schulungsangebot des AMS Wien** ist ein zentrales Instrument zur Höherqualifizierung von arbeitslosen Wiener*innen und insofern ist die budgetäre Ausstattung des AMS Wien einer der wichtigsten Hebel. Das Land Wien stellt im **waff Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung** für berufstätige Menschen finanzielle Unterstützung und Guidance zur Verfügung. Für Berufstätige ist es eine besondere Herausforderung, eine Weiterbildung, zeitlich und finanziell zu bewältigen. Die Bildungskarenz als Instrument zur selbstgewählten Freistellung von der Erwerbsarbeit und Existenzsicherung durch das Bildungskarenzgeld führt längerfristig zu höheren Einkommen, wurde in der Vergangenheit aber in erster Linie von höher qualifizierten Arbeitnehmer*innen in Anspruch genommen. Hier sind Reformen auf der Bundesebene zumindest angekündigt. Für Arbeitssuchende in längeren Ausbildungen wurde mit dem **Wiener Ausbildungsgeld**, und dem später eingeführten Pfligestipendium und Schulungszuschlag des AMS eine finanzielle Unterstützung des Lebensunterhalts während länger dauernder Ausbildungen geschaffen. Nichtsdestotrotz bleiben in Zeiten hoher Inflation und Teuerung die Lebenshaltungskosten ein schwieriges Thema für die Zielgruppe des Qualifikationsplans.

Nicht zuletzt ist es immer notwendig, gerade die Zielgruppe des Qualifikationsplans zu **motivieren und zu informieren** und den Nutzen beruflicher Weiterbildung und Höherqualifizierung greifbar zu machen. Beim Ansprechen und Aufschließen der potenziellen Zielgruppen wurden in den letzten Jahren durch den Einsatz von Social Media und experimentellen Formaten viele positive Erfahrungen gesammelt. In Kombination mit „realen“ Beratungssituationen und systematisch und leicht auffindbarer Information konnten erfolgreiche Wege beschritten werden, um Wiener*innen gezielt für nachgefragte Berufe zu interessieren und sie in Ausbildungen und Jobs zu integrieren.

Überblick Handlungsfelder und Ziele

Handlungsfeld 1: Schule und Berufserstausbildung

Strategisches Ziel

„Wir bringen durch ein hochwertiges Schulsystem und die Wiener Ausbildungsgarantie mehr Jugendliche zu einem über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss.“

Indikatoren der Zielerreichung und quantifizierte Ziele

Indikator „Pflichtschulabsolvent*innen ohne weitere Ausbildung“

Ziel: Reduktion des Anteils der Pflichtschulabsolvent*innen ohne weitere Ausbildung von 8,4 % (Schuljahr 2020/2021) auf 7 % (Schuljahr 2024/2025).

Indikator „Frühe Ausbildungsabbrecher*innen“ (FABA)

Ziel: Reduktion des Anteils der Frühen Ausbildungsabbrecher*innen (FABA) von 11,1 % (2021) auf 10,0 % (2024).

Indikator „Early School Leavers“ (ESL)

Ziel: Reduktion des Anteils der Early School Leavers (ESL) von 12,1 % (2023) auf 9 % (2026).

Handlungsfeld 2: Berufliche Erwachsenenbildung

Strategisches Ziel

„Wir ermöglichen **mehr** Erwachsenen, Berufs- und Bildungsabschlüsse über dem Pflichtschulniveau zu erlangen und ihre beruflichen Kompetenzen zu erweitern und zu verwerten.“

„Wir **unterstützen** Wiener Unternehmen dabei, das Potenzial von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss durch die Erweiterung und Verwertung von Berufskompetenzen zur Abdeckung ihres Fachkräftebedarfs stärker zu nutzen.“

Indikatoren der Zielerreichung und quantifizierte Ziele

Indikator „außerordentliche Lehrabschlüsse“ (a.o. LAP)

Ziel: Steigerung **der** Zahl der außerordentlichen Lehrabschlüsse (a.o. LAP) von Wiener*innen in Wien von 1.999 (2023) auf 2.200 (2026).

Handlungsfeld 3: Information und Motivation

Strategisches Ziel

„Wir gehen aktiv mit Information und Beratung über berufsbezogene Aus- und Weiterbildungsangebote auf unsere Zielgruppe zu.“

Für dieses Handlungsfeld wurden keine Indikatoren formuliert. Wir gehen davon aus, dass Maßnahmen, die in diesem Handlungsfeld gesetzt werden, in den beiden oben genannten Handlungsfeldern ihre Wirkung entfalten und dort mitgemessen werden.

Handlungsfeld 1: Schule und Berufserstausbildung

Strategisches Ziel

„Wir bringen durch ein hochwertiges Schulsystem und die Wiener Ausbildungsgarantie mehr Jugendliche zu einem über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss.“

Ausgangslage

Die Wiener Ausbildungsgarantie umfasst alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, Jugendliche zu einem über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss zu bringen, sei es in schulischer Ausbildung, Lehrausbildung oder sonstigen Maßnahmen des SMS und AMS. Durch die gesetzliche Grundlage einer Ausbildungspflicht und die institutionelle Verankerung beim Sozialministeriumservice wurden zwar wichtige Voraussetzungen geschaffen, allerdings ist die Ressourcenausstattung sowohl in der Schule als auch in anderen Systemen nicht ausreichend, um tatsächlich eine hinreichende Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen herzustellen und ihnen ausreichende und passende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Aktuell lassen sich für Wien drei große Problemfelder im Bereich der Schule und Berufserstausbildung festmachen:

- Mangelnde Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung
- Defizit an schulischen und betrieblichen Ausbildungsplätzen
- hohe Quoten von Bildungsabbrüchen und negativen Prüfungserfolgen.

Diese Problemstellungen sind nicht neu und wurden auch schon in der Vergangenheit bearbeitet. Den bestehenden Problemstellungen begegnet Wien mit einem dichten Netz an unterschiedlichen Programmen und Initiativen, die im Folgenden noch dargestellt werden. Insbesondere sind aber für die kommenden Jahre Entwicklungsprojekte in Sicht, die auf die Verbesserung der Berufsorientierung, eine Ausweitung des Ausbildungsangebots im Bereich der Schulen und betrieblichen Lehre und eine Verbesserung der Ausbildungserfolge, sprich mehr positive Prüfungsabschlüsse und erfolgreiche Absolvent*innen zielen.

Entwicklungsprojekte

Themenfeld: Berufsorientierung

Berufsorientierung in Wien

Der waff hat im Jahr 2023 ein groß angelegtes Projekt zur Berufsorientierung aufgesetzt, in das alle relevanten Player eingebunden worden sind. Es adressiert sowohl Jugendliche als auch die Berufsorientierung von Erwachsenen, hier soll in erster Linie auf die Vorhaben im Bereich der Jugendlichen eingegangen werden. Mit Unterstützung des WUK soll zunächst eine Bestandsaufnahme bestehender Initiativen und Methoden zur Berufsorientierung erfolgen. Darauf aufbauend sollen Potentiale für Weiterentwicklungen identifiziert werden und konkrete Projekte in die Umsetzung kommen. Auch das „Dauerthema“ des Durchbrechens von geschlechtsspezifischen Stereotypen soll bearbeitet werden. Für den Standort Wien ist im Kontext der Fachkräftesicherung erfolgskritisch, dass Menschen jene Berufe ergreifen wollen, die am Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Wien hat in den Bereichen MINT, CARE und GREEN hohen Bedarf und durch zielgruppenspezifische Ansprache und passende, leicht zugängliche Orientierungsangebote soll es gelingen, mehr Interessent*innen zu gewinnen.

Gütesiegel für Berufsorientierung

Die WKW schlägt vor, ähnlich wie das Gütesiegel für TOP Lehrbetriebe in Wien ein Gütesiegel für Schulen zu entwickeln, die in der Berufsorientierung ausgezeichnete Arbeit leisten. Der Berufsorientierungsunterricht ist derzeit sehr abhängig vom Schulstandort und vom Engagement einzelner Lehrer*innen. Mit dem Gütesiegel soll ein Anreiz für Schulen und Lehrer*innen gesetzt werden, „gute Berufsorientierung“ zu bieten.

Das Entwicklungsprojekt soll in Zusammenarbeit von Sozialpartnern, Bildungsdirektion und Pädagogischer Hochschule die Erarbeitung von Qualitätskriterien für den Berufsorientierungsunterricht und die Gestaltung des Prozesses der Einreichung, Beurteilung und Vergabe des Gütesiegels umfassen. Weiters soll ein Netzwerk von kooperierenden Unternehmen entstehen, die unterschiedliche Formate anbieten, die Schulen im Berufsorientierungsunterricht nutzen können. Das könnten Exkursionen, Schnuppertage, Hospitationen als Fortbildung für Lehrer*innen oder externe Vortragende in Schulen sein.

Haus der Jugend

Die AK Wien plant, die alte Technisch Gewerbliche Abendschule (TGA) in der Plösslgasse zu einem „Haus der Jugend“ umzubauen. Die Ideenfindung und Konzeption dieses Vorhabens war mit einem groß angelegten partizipativen Prozess verbunden. Das Haus der Jugend soll ein Ort der Begegnung sein, in dem Jugendliche „einen Blick in ihre berufliche Zukunft“ machen können. Es soll den Raum für Erprobung und erlebbare Zukunftsvisionen bieten. Jugendliche sollen dort auch weiterhin mitgestalten und entscheiden können und so das Verständnis für Demokratie und Zusammenhalt gestärkt werden. Berufsorientierung und Aus- und Weiterbildung sollen jedenfalls Themen sein, die im Haus der Jugend einen großen Stellenwert haben werden.

Themenfeld: Ausbildungskapazitäten

Schulplätze in Wiener Pflichtschulen

Die Bildungsdirektion Wien und die MA 56-Schulen werden den Ausbau der Schulkapazitäten im Pflichtschulbereich weiterführen und entsprechend der Problemlagen der Kinder unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Für Kinder, die im Kontext der Familienzusammenführung ihrer geflüchteten Eltern nach Wien kommen, gibt es Orientierungsklassen, in denen in einer bis zu achtwöchigen Eingewöhnungsphase geklärt wird, ob eine rasche Einschulung ins Regelschulsystem möglich ist oder welche Unterstützungsbedarfe es in Hinblick auf Alphabetisierung und Spracherwerb gibt, die ggf. mit Unterstützung von VHSen und Interface gedeckt werden können.

Es gibt sogenannte Perspektivenklassen an Mittelschulen für Schüler*innen, die aufgrund von Wiederholungen das 9. Schuljahr in der 5., 6., 7. oder 8. Schulstufe negativ abgeschlossen haben. Zwei Perspektivenklassen an Polytechnischen Schulen wurden für Schüler*innen eingerichtet, die durch Laufbahnverluste nicht über die 7. Schulstufe hinausgekommen sind. Diese sind mit doppeltem Lehrpersonal ausgestattet. Es werden individualisierte Lösungen erarbeitet, um die Schüler*innen so möglichst zu einem Pflichtschulabschluss zu bringen. Der Bedarf an Perspektivenklassen ist groß und sollte ausgebaut werden. Die Bildungsdirektion ist in enger Abstimmung mit allen Institutionen, die Vorbereitungskurse für das Nachholen des Pflichtschulabschlusses anbieten und bereitet sich darauf vor, Prüfungsschulen für das Nachholen des Pflichtschulabschlusses auszubauen. Die Initiative Erwachsenenbildung „Level-Up“, kommt zum Einsatz wenn während der Schulpflicht keine hinreichenden Basiskompetenzen vermittelt werden konnten oder der Pflichtschulabschluss verfehlt wurde. Sie ist in einer Vereinbarung gem. Artikel 15 a BVG zwischen Bund und Ländern akkordiert und bis 2028 durch Beiträge von BMBWF, ESF, Stadt Wien Integration und Diversität und Stadt Wien Bildung und Jugend finanziell gesichert. Sie umfasst Basisbildung und das Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Auch die mit Kinderbetreuung flankierten Maßnahmen „Mama lernt Deutsch“ sind im Programm Level-up enthalten. Die erfolgte finanzielle Aufstockung deckte zwar inflationsbedingt gestiegene Preise, erlaubte aber keine Ausweitung des Platzangebots oder Erweiterung von Begleitmaßnahmen. Wienweit können künftig jährlich rund 2.000 Teilnehmer*innen mit Basisbildung und 1.200 Teilnehmer*innen mit Pflichtschulabschlusskursen erreicht werden.

Die in den letzten Jahren aufgebauten Übergangshegänge sind für neu zugewanderte Jugendliche, die die Schulpflicht schon abgeschlossen haben, und die auf den Besuch einer weiterführenden Schule oder Lehre vorbereitet werden. Weiters forciert die Bildungsdirektion Wien Deutschförderkurse für schulpflichtige Seiteneinsteiger*innen, damit sie möglichst rasch dem regulären Unterricht folgen können. Die Polytechnischen Schulen, in denen Jugendliche die 9. Schulstufe absolvieren, sollen ebenfalls gestärkt werden, damit die Jugendlichen bessere Chancen auf das Erlangen eines Pflichtschulabschlusses und den Übertritt in eine Berufsausbildung haben.

Höhere Technische Lehranstalten im IT-Bereich und Erhöhung des Mädchenanteils

Seit vielen Jahren steigen die Schülerzahlen an Wiener HTLs. Die letzte Neuerrichtung dieses Schultyps in Wien ist allerdings schon rund zwei Jahrzehnte her. Gerade in Zeiten des (technischen) Facharbeitermangels ergibt sich daraus das Paradoxon, dass zahlreiche Jugendliche nicht in HTLs aufgenommen werden können, obwohl sie die Aufnahmekriterien erfüllen, weil es nicht genügend Ausbildungsplätze gibt. Für Wien ist im Schulentwicklungsplan seit vielen Jahren die Errichtung einer HTL vorgesehen. Eine neue HTL sollte den fachlichen Schwerpunkt auf IT und Digitalisierung haben,

da dies ein Bereich ist, in dem zusätzliche Fachkräfte dringend benötigt werden. Die IT-Branche in Wien klagt über einen eklatanten Fachkräftemangel im IT-Bereich sowohl im mittleren Qualifikationssegment (bis hin zur Matura) als auch im tertiären Bereich. Die Wirtschaftskammer Wien wurde deshalb ebenfalls aktiv und initiierte gemeinsam mit der Stadt Wien unter Einbindung des Bildungsministerium den Plan, eine IT-HTL als Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht zu errichten. Der Schulstandort der WKW soll nicht nur den Betrieb einer HTL für rund 600 Schüler*innen ermöglichen, sondern auch ein College und Weiterbildungskurse der für die Erwachsenenbildung beherbergen.

Das Entwicklungsprojekt ist bereits weit gediehen.

Unabhängig von der Errichtung dringend notwendiger zusätzlicher HTLs in Wien, ist es notwendig, auch in den bereits vorhandenen HTLs und erst recht in den kommenden, den Mädchenanteil in den HTLs zu erhöhen, um die geschlechtsspezifische Segregation in diesen Zukunftsberufen aufzubrechen und mehr Mädchen in Wien eine Ausbildung mit guten Beschäftigungschancen zu eröffnen. Der waff beabsichtigt, dafür gemeinsam mit der Bildungsdirektion und den Sozialpartnern ein Projekt aufzusetzen.

Jugendcollege und College 25+ NEU

Die Zahl der neu zugewanderten jungen Menschen mit Fluchthintergrund hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Es handelt sich überwiegend um junge Männer mit syrischer Staatsbürgerschaft, die ihr Asylverfahren in anderen Bundesländern hatten und nach Zuerkennung des Asylstatus oder subsidiären Schutzes nach Wien übersiedelten. Wenn sie beim AMS Wien als arbeitssuchend gemeldet sind, können sie in Wien bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen. Geplant ist, das Maßnahmenangebot für junge Arbeitslose mit Fluchthintergrund mit einem Ausbau des Jugendcolleges sowie der Einrichtung eines College 25+ ab Herbst 2024 von derzeit 900 auf rund 5.000 Maßnahmenplätze zu verstärken. Finanziert werden die Maßnahmen von AMS Wien, Stadt Wien - Soziales, Sozial und Gesundheitsrecht, dem FSW und unter Einsatz von ESF-Mitteln der Zwischengeschalteten Stelle waff. Maßnahmen des ÖIF sind in das Konzept mit eingebunden.

Das Jugendcollege richtet sich an Kund*innen des AMS U25 (15-24-jährige). Weiters ist ein College 25+ geplant für über 25-jährige junge Arbeitslose mit Fluchthintergrund. In den Maßnahmen sollen Deutsch und Basisqualifikationen vermittelt werden mit dem Ziel, die Teilnehmer*innen in weiterführende Berufsqualifikationen oder in Beschäftigung integrieren zu können. Das Bildungsangebot ist modular aufgebaut. Im Aufnahmeverfahren wird eine bedarfsorientierte Kombination an Modulen erarbeitet, die dann die Teilnehmer*innen durchlaufen. Das Programm umfasst die Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen und spricht Themen wie nachhaltiges Lernen, Feedback und Reflexion, Gender Mainstreaming und Diversität und soziale Umgangsformen im Kurs- und Berufskontext an. Es gibt eine sozialpädagogische Betreuung, Praktika, Erprobungen und Vermittlungsunterstützung.

Die Colleges sind allein aufgrund der großen Zahl der Teilnehmer*innen eine besondere Herausforderung für die umsetzenden Trägereinrichtungen. Die Steuerung durch die Auftraggeber*innen wird ebenfalls besondere Aufmerksamkeit erfordern. Das Jugendcollege ist nicht nur Qualifizierungs- und Vermittlungsinstrument, sondern auch ein wichtiger Hebel zur Überprüfung der Kooperationsbereitschaft der Teilnehmer*innen, die wiederum den Anspruch auf die Mindestsicherung bedingt.

Jugendstiftung Zukunftsberufe – Neuauflage

Der waff hat im Jahr 2021 mit Corona-Sondermitteln eine Zielgruppenstiftung für Jugendliche eingerichtet. Diese Stiftungsform erlaubt, dass Personen der definierten Zielgruppe auch ohne den bisherigen bzw. den künftigen Arbeitgeber mit den Vorteilen einer Arbeitsstiftung ausgestattet, eine hochwertige Ausbildung verfolgen können. Die Stiftung wurde von der AK Wien zur Verfügung gestellt und von AK-Wien, AMS Wien und dem waff finanziert. Die bisherige „Jugendstiftung Zukunftsberufe“ war auf sogenannte Zukunftsberufe ausgerichtet, das sind nachgefragte Qualifikationen im Bereich Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Technik, Pädagogik sowie Pflege und Soziales. Die bisherige Jugendstiftung Zukunftsberufe wird von allen beteiligten sehr positiv bewertet.

Die Stadt Wien hat deshalb für eine Neuauflage einer „Jugendstiftung Zukunftsberufe“ bereits eine Finanzierungsabsicht signalisiert. Es soll noch im Jahr 2024 analysiert werden, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen, in welcher Rechtsform, mit welcher inhaltlicher und zielgruppenspezifischer Ausrichtung ab 2025 neuerlich eine Zielgruppenstiftung für Jugendliche eingerichtet werden kann. Die Zielgruppenstiftung ist eine hochwertige Ergänzung des AMS Maßnahmenangebots für bildungsaffine Jugendliche, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und ihre Arbeitslosigkeit in eine einmalige Chance transformieren können. Die Jugendlichen erhalten einen monatlichen Zuschuss zum Arbeitslosengeld und können hochwertige Ausbildungen bis hin zu einem Bachelor-Studium und einer Ausbildungsdauer von bis zu drei Jahren absolvieren. Gleichzeitig adressiert sie Branchen und Betriebe mit einem wahrnehmbaren Fachkräftebedarf, ohne dass die Betriebe sich schon während der Ausbildung finanziell beteiligen und verpflichten müssen. Die „Jugendstiftung Zukunftsberufe“ ist deswegen auch sehr wertvoll in der Synergie mit den Wiener Implacmentstiftungen im Bereich Daseinsvorsorge und Wiener Wirtschaft.

Jugendliche mit Behinderung

Im Jahr 2023 wurde das ALVG dahingehend reformiert, dass für unter 25-jährige keine bescheidmäßige Feststellung der Arbeitsunfähigkeit mehr erfolgen kann. Zielsetzung dieser Neuregelung war, behinderte Jugendliche nicht schon frühzeitig zu stigmatisieren und ihnen damit den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung zu erschweren. Bisher wurden Jugendliche mit einer attestierten Arbeitsunfähigkeit in Maßnahmen des FSW mit einer Tagesstruktur versorgt. Nachdem es in weiterführenden Schulen kaum integrative Maßnahmen für behinderte Jugendliche gibt, ist anzunehmen, dass viele dieser Jugendlichen auch weiterhin auf Berufsorientierungsmaßnahmen des FSW und Maßnahmen des SMS zur Herstellung der Ausbildungsreife und Maßnahmen des AMS angewiesen sein. Das AMS zahlte bereits bisher Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts Jugendliche, die in Maßnahmen gemäß dem Wiener Chancengleichheitsgesetz waren.

Bisher wurde auf der Wiener Ebene eine Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen des AMS Wien, des SMS, des FSW und des waff eingerichtet, um die Quantitäten und Formen der Behinderung abzuschätzen. Darauf aufbauend müssten dem AMS zusätzliche Ressourcen sowohl für Schulungsmaßnahmen als auch für spezialisierte Berater*innen zugeführt werden.

Themenfeld: Prüfungserfolg

Öko-Booster

Obwohl das Projekt Öko-Booster bereits im Jahr 2023 startete, soll es hier dennoch für die kommende Programmperiode als Entwicklungsprojekt gelten.

Grund dafür ist, dass dieses Projekt großes Entwicklungspotenzial und einen gewissen Laborcharakter hat. Bis 2026 sollen in den Lehrberufen Elektroinstallationstechniker*innen und Installations- und Gebäudetechniker*innen 100 zusätzliche Lehrabschlüsse erfolgen. Der Öko-Booster basiert auf einer Facharbeiter*innen-Intensivausbildung. In verkürzter Lehrzeit wird sowohl der praktische als auch der theoretische Teil des Berufsbildes vermittelt. Die Maßnahme wird flankiert von einer Orientierungs- und Vorbereitungsphase, einem unterstützenden Begleitprogramm und einer intensiven Prüfungsvorbereitung. Bisher galt die größte Aufmerksamkeit der Bekanntmachung und Bewerbung des Programms bei den potenziellen Zielgruppenpersonen und den erforderlichen Praktikumsbetrieben. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Gewinnung von Mädchen und jungen Frauen für die Teilnahme.

In der kommenden Projektphase soll besonders auf den erfolgreichen Abschluss geachtet werden. Die Jugendlichen sollen möglichst gut auf die Prüfung vorbereitet werden. Es sollen förderliche und hinderliche Faktoren bei der Prüfungsanmeldung beleuchtet werden sowie die Rahmenbedingung der Prüfung selbst (Wartezeit bis zum Prüfungstermin, Prüfer*innen, Prüfungsfragen, Prüfungszeitpunkt, Infrastruktur, ...). Auch die Prüfungsnachbereitung (was tun, wenn die Prüfung nicht erfolgreich abgeschlossen wurde?) soll explizit Gegenstand sein. Die Erfahrungen aus dem Öko-Booster im Kontext „Prüfungserfolg sicherstellen“ sollen möglichst auf andere AMS-Maßnahmen übertragen werden.

Laufende Programme

Es wurde eingangs schon erwähnt, dass im Handlungsfeld Schule und Berufserstausbildung über die Jahre hinweg ein dichtes Netz an Programmen und Projekten entstanden ist, das unter dem Dach der **„Wiener Ausbildungsgarantie“** dafür sorgte, dass Jugendliche am Übergang vom Ende der Schulpflicht in weiterführende Ausbildung und bei der Erfüllung ihrer Ausbildungspflicht bis 18 eine entsprechende Unterstützung vorfinden. Diese Maßnahmen sind aus dem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erfüllt hier wichtige Kompensationsaufgaben für das Schulsystem.

Wien wird den Ausbau von Schulkapazitäten und Stützstrukturen im Pflichtschulbereich weiter vorantreiben (siehe auch Entwicklungsprojekte). Auch die **L 14** wird es weitergeben, bei der die AK Wien gemeinsam mit der Bildungsdirektion für Schüler*innen und ihre Eltern einen Überblick über die weiterführenden Schulen und Lehrberufe geben. Die Stadt Wien - Integration und Diversität bietet unter dem Titel **„Wohin mit 14?“** mehrsprachige Elterninformationsveranstaltungen in mehreren Mittelschulen in Wien an. Es sollen damit insbesondere weniger gut informierte Eltern erreicht werden, weil nach wie vor die Eltern einen maßgeblichen Einfluss auf die Bildungswegentscheidungen ihrer Kinder nehmen.

Jugendliche Neuzuwander*innen, die die Schulpflicht bereits beendet haben und die nicht beim AMS gemeldet sind, unterstützt die Stadt Wien – Integration und Diversität seit 2019 mit dem **Jugendcollege StartWien**. Neben dem Fächerbündel des erwachsenengerechten

Pflichtschulabschlusses werden die gezielte Vorbereitung auf eine Berufsausbildung oder weiterführende Schule geboten und bei der Vermittlung entsprechender Ausbildungsplätze unterstützt. Das Jugendcollege StartWien wird von der Stadt Wien und dem ESF finanziert und von Interface umgesetzt.

Das **Jugendcoaching des SMS** begleitet Jugendliche mit individueller Beratung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Das Jugendcoaching ist in den jeweiligen Schulen vor Ort und kooperiert auch mit anderen schulischen Unterstützungsstrukturen wie den Schulpsycholog*innen oder der Schulsozialarbeit. Seit Beginn der Corona-Krise haben sich psychische Probleme bei Jugendlichen verschärft, weshalb das Jugendcoaching mit psychosozialen Begleitmaßnahmen verstärkt wurde, die auch weiterhin angeboten werden sollen. Auch die „**Ausbildungsfit**“-**Maßnahmen** des SMS sind zu einem wichtigen Bindeglied geworden, wenn Jugendliche am Ende der Schulpflicht nicht in der Lage sind, in weiterführende Schulen, einer Lehre oder überbetrieblichen Lehre untergebracht werden zu können.

Die **Überbetriebliche Lehrausbildung** hat sich in Wien als unverzichtbare Säule der Ausbildungsgarantie etabliert. Trotz steigender Zahl von betrieblichen Lehrstellen (und Schulplätzen) reicht das Ausbildungsangebot in Wien nicht für die gestiegene Zahl der Jugendlichen in Wien. Bei der Planung und Umsetzung der überbetrieblichen Lehrausbildung gilt es, die bestehende Lehrstellenlücke zu schließen. Bei der Planung der Zahl und inhaltlichen Ausrichtung der Lehrplätze in der Überbetrieblichen Lehrausbildung wird in Abstimmung mit den Berufsschulen und den Sozialpartnern auf verfügbare Berufsschulplätze und Praktikumsbetriebe Rücksicht genommen und auch die Berufswünsche der Jugendlichen in die Erwägung genommen. Die ÜBA wird auch dafür genutzt, künftige Fachkräftebedarfe zu antizipieren und nimmt neue Lehrberufe im Bereich Ökologisierung und Digitalisierung ins Repertoire auf. Fehlbesetzungen in der Überbetrieblichen Lehrausbildung führen zu vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen und sollten möglichst gering gehalten werden. Vielfach brauchen lehrstellensuchende Jugendliche noch Nachreifungsmaßnahmen oder eine vorgelagerte Berufsorientierung, die in Begleitmaßnahmen zur ÜBA oder beim SMS organisiert sind. Auch in der ÜBA wird es künftig ein begleitendes Angebot der psychologischen Beratung geben.

Der Brennpunkt der Jugendarbeitsmarktpolitik in Wien ist in der **U25** zu sehen. Hier werden junge Arbeitslose bis 25 und Lehrstellensuchende betreut. Am gleichen Standort ist das Sozialzentrum für junge Mindestsicherungsbezieher*innen untergebracht. Die Prozesse und Schnittstellen zwischen Arbeitsmarktservice und Sozialzentrum sind gut abgestimmt und funktionieren weitgehend. Die stark steigende Zahl an Neuzugängen an Kund*innen stellt beide Organisationen vor große Herausforderungen, weshalb das Maßnahmenangebot massiv verstärkt werden wird (siehe Entwicklungsprojekt Jugendcollege NEU).

Die **betriebliche Lehrausbildung** entwickelt sich nach den Jahren der Corona-Krise wieder positiv und die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze steigt. Es wird weiterhin betriebliche Förderungen der WK, des AMS und des waff geben. Die sogenannten „Lehrstellenakquisiteur*innen“ sollen weiterhin aktiv sein. Das „Gütesiegel für TOP Lehrbetriebe“ wird weitergeführt. Es wird für qualitätsvolle Ausbildung verliehen und soll auch die wichtige Rolle der Lehrausbildner*innen im Betrieb würdigen.

Darüber hinaus wird das Fachkräftezentrum den Dialog mit Betrieben fortsetzen, die im Bereich Digitalisierung und Ökologisierung verortet sind und auf ihre Verantwortung für die Ausbildung der benötigten Fachkräfte hinweisen und die Zusammenarbeit mit entsprechenden arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Interventionen stärken.

Handlungsfeld 2: Berufliche Erwachsenenbildung

Ausgangslage

Im Handlungsfeld Berufliche Erwachsenenbildung geht es darum, arbeitslose oder beschäftigte Zielgruppenpersonen des Qualifikationsplans durch Aus- und Weiterbildung höher zu qualifizieren oder sie bei der Verbesserung ihrer beruflichen Kompetenzen zu unterstützen.

Die Zielgruppe ist **überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit** betroffen und wenn erwerbstätig, dann meistens in Branchen oder beruflichen Positionen, in denen sie kaum in systematische betriebliche Weiterbildung zur Höherqualifizierung einbezogen sind. Was bleibt, ist Eigeninitiative. Aufbauend auf allem, was das Interesse und die Motivation an einer Weiterbildung und Höherqualifizierung wecken kann, ist es notwendig, Information und Beratung zur Verfügung zu stellen, um die berufliche Weiterentwicklung gut planen zu können. Das reicht von der zeitlichen Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Weiterbildung über die Wahl des passenden Kurses, bis hin zur Finanzierbarkeit des Vorhabens.

Die **Zuständigkeit für (berufliche) Erwachsenenbildung** ist in Österreich äußerst fragmentiert aufgestellt. Das BMBWF definiert Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards für die Erwachsenenbildung, auf deren Basis sich der Weiterbildungsmarkt entwickelt. Bis maximal zum Nachholen eines Pflichtschulabschlusses stellt der Bund auf der Basis einer Vereinbarung gem. Artikel 15a BVG gemeinsam mit ESF und den Ländern finanzierte und für die Teilnehmer*innen kostenlose Kursangebote zur Verfügung. Auf europäischer Ebene lancierte Themen wie die Einführung eines europäischen und nationalen Kompetenzrahmens, der die Vergleichbarkeit von beruflichen Kompetenzen und dahinterliegenden Qualifikationen bringen sollte, wurden in Österreich kaum mit Leben gefüllt. Nach der Einordnung der formalen Ausbildungen in den NQR und der Errichtung einer Agentur für die Klassifizierung von nonformalen Weiterbildungsangeboten, ist das Thema in den Hintergrund gerückt. Auch die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen ist ein in Österreich auf viele zuständige Stellen verteiltes und extrem kompliziertes Feld. Zugewanderte Personen, denen der Prozess der Nostrifizierung oder Nostrifikation zu mühsam ist, arbeiten in hohem Ausmaß dequalifiziert.

Wien hat so wie andere Bundesländer im Feld der Erwachsenenbildung wichtige Funktionen übernommen. In Österreich einzigartig ist nach wie vor die Verbindung von Information, Beratung und finanzieller Förderung für Weiterbildung im **waff Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung**.

Ein ganz **zentraler Akteur ist und bleibt das AMS Wien** mit seinem Kursangebot für arbeitslose Personen. AMS-Schulungen sind vielfach der einzige Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Ein Nadelöhr sind Deutschkurse, für die je nach Zielgruppe der ÖIF oder das AMS Wien zuständig ist. Eine wesentliche Hürde für gering Qualifizierte ist, dass sie vielfach einen sehr niedrigen AMS-Leistungsbezug haben (wenn nicht überhaupt auf Mindestsicherung angewiesen). Die Existenzsicherung während länger dauernder Ausbildungsmaßnahmen ist daher ein Thema, das zwar nun auch auf Bundesebene in Gang gekommen ist, das aber durch die Kombination von ALG-Leistung, Mindestsicherung, Zuschüssen, Stipendien und Prämien von höchstmöglicher Komplexität gekennzeichnet ist.

Entwicklungsprojekte

Themenfeld: Beratung

Weiterentwicklung des Qualifikationspasses

AMS Wien und waff haben gemeinsam den Qualifikationspass entwickelt, der als Beratungstool nach wie vor in Gebrauch ist, obwohl die dahinterliegende Applikation schon etwas „in die Jahre gekommen ist“. Auf Basis einer vom AMS Wien in Auftrag gegebenen Evaluierung mit dem Fokus auf Gründe für den Abbruch bzw. einen Ausstieg aus dem Qualifikationspass werden Ende 2024 weitere Entwicklungsschritte abgeleitet werden können. Der waff hat darüber hinaus eine Studie über beschäftigte „Qualiplan-Kund*innen“ laufen, die ebenfalls Ende 2024 abgeschlossen sein wird. Erste Zwischenergebnisse liefern interessante Auskünfte über längere Bildungsketten von Kund*innen, die entweder mit Unterstützung des waff oder des AMS Wien nach und nach ihre berufliche Qualifikation verbessern konnten.

Daraus sollen Schlussfolgerungen über die berufliche Veränderungsbereitschaft von formal gering Qualifizierten gezogen werden, insbesondere auch für das Aufschließen von Personen für die Qualifizierung in Berufen, nach denen es eine große Nachfrage gibt. Der Stellenwert der individuellen Beratung im Vorfeld und der Vorbereitung auf die eigentliche Qualifizierung soll hier noch besser beleuchtet werden, damit es gelingt, zumindest Step by Step zu einem Berufsabschluss zu kommen. Ziel ist, gering Qualifizierten oder dequalifiziert Beschäftigten noch mehr Chancen zu eröffnen.

KI-gestützte Informations- und Beratungstools

Das AMS hat mit dem Berufsinformat im Jahr 2023 ein KI-gestütztes Berufsinformationssystem vorgestellt. Es greift auf die zahlreichen in den AMS-Systemen elektronisch verfügbare Informationen über Berufe, Ausbildungsinhalte und Arbeitsmarktchancen in den jeweiligen Berufen zurück und gibt individualisierte Antworten zu Tätigkeitsmerkmalen in den jeweiligen Berufen und zur Aus- und Weiterbildung, die notwendig ist, um den jeweiligen Beruf und ausüben zu können. Es gibt Auskunft über das Gehalt, das in einem Beruf erzielt werden kann. Der Berufsinformat basiert im Wesentlichen auf der Chat-GPT Technologie. Die generierten Antworten und Rückmeldungen werden durch ein redaktionelles Team begleitet, sodass das System ständig qualitätsgesichert ist und weiterentwickelt werden kann.

Im waff soll ein Tool entwickelt werden, das ebenfalls KI-gestützt standardisierte Informationen zu Pflegeberufen und den unterschiedlichen Wegen in die Pflege geben wird. Damit kann die individualisierte persönliche Beratung entlastet werden und vor allem dort eingesetzt werden, wo Menschen aufgrund von Sprachbarrieren oder kulturellen Unterschieden eine intensivere Betreuung brauchen, um sich beruflich zu orientieren und die passende Ausbildungsschiene zu finden.

Der waff plant außerdem, den Kund*innen bei der Nutzung verfügbarer KI-Tools zu unterstützen, wenn sie z.B. schriftliche Informationen, Antragsformulare, Mitteilungen und Bescheide nicht verstehen.

Niedrigschwellige Arbeitsmarktintegration von Frauen

Derzeit laufen in Wien drei Projekte von AMS Wien, waff und MA 40, die zum Ziel haben, arbeitsmarktferne Frauen an Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben heranzuführen.

Das Projekt BASIS wurde im Ausklang der Corona-Krise entwickelt, um insbesondere Mädchen und junge Frauen – häufig mit migrantischem Hintergrund – zu erreichen und an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Das Projekt NACHBARINNEN unterstützt seit mehr als 10 Jahren migrierte oder geflüchtete Familien in Wien mit Beraterinnen, die selbst Migrationshintergrund haben. Das Projekt kombiniert soziale Arbeit mit arbeitsmarktpolitischer Integration und bietet gezielte Services für Migrantinnen, die weit vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Das Projekt wurde 2023 auf eine neue Finanzierungsbasis gestellt, was eine weitere Professionalisierung ermöglicht. Es wird von AMS Wien, waff, Stadt Wien - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht und Stadt Wien - Integration und Diversität gefördert.

Das Projekt „Women Empowerment“ der Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht (ESF-kofinanziert) fokussiert auf alleinerziehende Mindestsicherungs-Bezieherinnen. Diese Frauen haben oft große Hürden zu überwinden, bis sie in eine existenzsichernde Erwerbssposition gelangen und erhalten hierbei umfassende Unterstützung.

Ziel des Entwicklungsprojekts ist, diese drei ähnlich gelagerten Projekte gemeinsam in den Blick zu nehmen, um voneinander zu lernen und die Beratung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von sehr arbeitsmarktfernen Frauen nachhaltig zu sichern.

Frauen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen

Das Sozialministeriumservice beobachtet schon seit längerem, dass Personen mit psychischen Erkrankungen, die die Arbeitsfähigkeit stark einschränken, zunehmend den Weg einer Feststellung einer Behinderung beschreiten. In vielen Fällen ist so ein Prozess verbunden damit, dass eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird, um die Belastung durch die Erwerbsarbeit zu reduzieren.

Das SMS plant, in der kommenden Periode Projekte zu entwickeln, die auf diese Zielgruppe und zwar insbesondere auf Frauen mit psychischen Erkrankungen eingehen. Es soll verhindert werden, dass durch die Erkrankung eine berufliche Abwärtsspirale einsetzt, die zu Dequalifizierung und länger dauernden Abwesenheiten führt.

Themenfeld: Qualifizierung

Jobs PLUS Ausbildung

Unter dem Titel „Jobs PLUS Ausbildung“ setzt der waff gemeinsam mit dem AMS Wien schon seit 2012 mit Implacementstiftungen oder mit AQUA in Branchen mit wahrnehmbarem Bedarf an Fachkräften arbeitsplatznahe Qualifizierungen um. Es wurde insbesondere der Bereich Daseinsvorsorge mit Berufen im Gesundheits- und Pflegebereich und der Sozialpädagogik ausgebaut und auch die Wiener Wirtschaft wurden hier zunehmend serviert.

Jobs PLUS Ausbildung wird hier dennoch als Entwicklungsprojekt angeführt, weil eine permanente Weiterentwicklung dieses wichtigen Teils der arbeitsmarktpolitischen Interventionen vorgesehen ist. Jobs PLUS Ausbildung ermöglicht der Zielgruppe des Qualifikationsplans in großer Zahl berufliche Qualifikationen und Jobs (auch wenn die Palette der Mangelberufe, die mit Jobs PLUS Ausbildung bearbeitet werden, nicht nur die Zielgruppe des Qualifikationsplans adressiert, sondern auch höhere Bildungsabschlüsse einschließt).

Für die kommenden Jahre wird Jobs PLUS Ausbildung im Bereich der Daseinsvorsorge mit den zuständigen Ressorts der Stadt Wien bzw. den Arbeitgeberbetrieben und dem AMS Wien im Detail geplant. Es werden sowohl die auszubildenden Berufsbilder als auch die jeweiligen Quantitäten vereinbart. Die Organisationen von Schulungen hat eine längere Vorlaufzeit und muss mit den Ausbildungseinrichtungen und Praktikumsbetrieben abgestimmt sein. Zu den größten Herausforderungen gehört, zum gegebenen Zeitpunkt auf genügend geeignete und motivierte Interessent*innen zurückgreifen zu können. Hier hat der waff in den vergangenen Jahren ein gut funktionierendes Teilnehmer*innenmarketing entwickelt (siehe auch Handlungsfeld Information und Motivation).

Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft stehen die Schwerpunkte Digitalisierung und Klimaschutz im Zentrum. Hier sollen sukzessive tragfähige Branchenkooperation aufgebaut und erweitert werden, um den Fachkräftebedarf der Unternehmen möglichst in Chancen für Wiener Arbeitslose zu übersetzen.

Jobs PLUS Ausbildung wird in den Bereichen Daseinsvorsorge, Digitalisierung und Klimaschutz mit dem Wiener Ausbildungsgeld flankiert, was eine wichtige Komponente ist, um arbeitslose Personen dazu zu motivieren, sich auf länger dauernde Ausbildungen einzulassen (siehe auch: Themenfeld Existenzsicherung)

Digitalisierung – Wiener Mindestsicherung

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Online-Ansuchenstellung von Einmalleistungen zur Abfederung der Teuerungskrise haben gezeigt, dass dieses Instrument nicht nur von der Bevölkerung angenommen wurde, sondern auch eine Verkürzung der Bearbeitungsdauer ermöglicht hat. Eine fast ausschließliche Online-Ansuchenstellung war aber nur mit entsprechenden Begleitmaßnahmen möglich. So unterstützten über 60 Organisationen bei der Ansuchenstellung, sofern die Ansuchensteller*innen über keinen Zugang zu einer digitalen Ansuchenstellung hatten oder/und auch über unzureichende digitale Kompetenz verfügten.

In der Wiener Mindestsicherung gibt es aktuell eine Online-Quote von 16%, rund 62% der Anträge werden per E-Mail übermittelt. Der geringe Anteil an Online-Antragsteller*innen lässt darauf schließen, dass der Zugang für die Zielgruppe schwierig ist. Durch die Flut an per Email gestellten PDF Anträgen, die sehr oft auch mehrfach gestellt werden, hat sich der administrative Aufwand in der Stadt Wien- in Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht und damit die Bearbeitungsdauer in der Wiener Mindestsicherung erhöht.

Um die Online-Quote zu erhöhen, bedarf es daher eines umfassenden Maßnahmenpaketes mit folgenden Zielsetzungen:

- die Antragstellung muss vereinfacht werden (z.B. weniger Unterlagen zum Hochladen, intuitive Anträge)
- im Bedarfsfall muss bei der Online-Antragstellung Unterstützung angeboten werden (Bereitstellung von Terminals sowie Hilfe bei der Eingabe)
- Zugangsschranken sollen abgebaut und Lerneffekte erzielt werden, um eine künftige Online-Ansuchenstellung alleine bewältigen zu können bzw. auch in anderen Lebensbereichen auf digitale Kommunikation zurückgreifen zu können
- es soll ein Anreizsystem geschaffen werden, das eine Online-Antragstellung fördert (z.B. mehrsprachige Anträge, höheres Serviceangebot z.B. Abfrage Verfahrensstand).

Darüber hinaus soll in Einzelfällen weiterhin die Möglichkeit bestehen bei z.B. Pflegebedürftigkeit oder Krankheit Anträge auch in konventioneller Art und Weise zu stellen.

Die Stadt Wien - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht plant voraussichtlich ab Herbst 2024 die Umstellung auf eine reine Online-Antragstellung. Ist dies den potenziellen Antragsteller*innen nicht

möglich, steht ihnen während der Öffnungszeiten der Sozialzentren nicht nur die entsprechende Hardware (Eingabegerät und Scanner), sondern auch eine individuelle Unterstützung bei der Online-Antragstellung durch Mitarbeiter*innen der MA 40 zur Verfügung. Die Unterstützung umfasst sowohl insbesondere Fragen zur Eingabe als auch (in eingeschränktem Ausmaß) Fragen zur Mindestsicherung an sich. Bei einem Scanstützpunkt können auch erforderliche Unterlagen eingescannt und hochgeladen werden. Ist eine unterstützte Antragstellung nicht möglich, kann der Antrag auch von Mitarbeiter*innen der Stadt Wien - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht aufgenommen werden.

Durch die Beantragung der Wiener Mindestsicherung mittels Online Formulars können Anträge schneller bearbeitet werden, da davon ausgegangen wird, dass durch Pflichtfelder, Überprüfungs- und Plausibilisierungsroutinen und den intuitiven Aufbau des Antrages die Ausfüllqualität steigt. Gleiches gilt für die Beibringung von Unterlagen, die abhängig von den jeweiligen Eingaben, gezielt eingefordert werden.

Neben dem Online Antrag wird es auch die Möglichkeit geben, mittels Kontaktformular Fragen zum Antrag beziehungsweise zum Bearbeitungsstatus zu stellen oder Unterlagen zum Antrag nachzureichen.

Es ist – analog zum Unterstützungssetting bei den Einmalleistungen - geplant, auch Beratungsstellen intensiv einzubinden. Zudem sollen auch Ausfüllhilfen (z.B. Videofilm) im Internet und in den Wartebereichen zur Verfügung gestellt werden. Sollte der Bedarf an „Schulung“ größer als erwartet sein, sind auch entsprechende Schulungen und die Vermittlung von digitaler Kompetenz auch für andere Lebensbereiche (Online-Banking, Installieren von Apps, ID-Austria etc.) vorstellbar.

Die Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht ist daher daran interessiert, in diesem Themenfeld mit den anderen Partner*innen des Qualifikationsplans zu kooperieren. Das AMS macht ähnliche Erfahrungen mit seinen Kund*innen, die das e-AMS nicht entsprechend nutzen und über diesen Kanal für das AMS nicht zuverlässig erreichbar sind.

Im Rahmen des Entwicklungsprojekts sollte geklärt werden, ob und wer gemeinsam mit der Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht an diesem Projekt mitwirken soll. Auch die Nutzbarkeit der Workshopreihen des OeAd, Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung zum Thema Digitale Kompetenzen, wäre zu prüfen. Darauf aufbauend können konkrete Ziele definiert und eine korrespondierende Projektstruktur aufgesetzt werden.

Offen gesagt – Arbeitslose ohne Berufsausbildung

2024/25 wird diese Kooperation von AK Wien, AMS Wien und waff fortgeführt, und den Bedarfen von Arbeitslosen auf den Grund zu gehen. Der Schwerpunkt dieses Projekts liegt auf Wiener arbeitssuchenden Menschen ab 25 Jahren mit höchstens Pflichtschulabschluss. Es soll untersucht werden, wie sich diese Zielgruppe zusammensetzt und idealerweise eine Typologie entwickelt werden, um darauf aufbauend in Zukunft passende Maßnahmen zu designen oder anzupassen. Der Bericht zur Studie wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2025 fertiggestellt werden.

Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen

Am Wiener Arbeitsmarkt wurden in den vergangenen Jahren die beruflichen Kompetenzen von Zuwander*innen nicht optimal eingesetzt. Laut aktuellen Daten des Wiener Integrationsmonitors arbeiten rund 27 % Wiener*innen mit Migrationshintergrund aus Drittstaaten, die einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss haben, dennoch in Hilfs- und Anlernertätigkeiten. Die Anerkennungssysteme und -prozesse sind höchst komplex mit einer Vielzahl von zuständigen Behörden und unter-

schiedlichen Kompetenzen auf Bundes- und Landesebene verbunden. Die Einrichtung der AST-Anlaufstelle für Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen ist Ausdruck dessen, dass hier ein erhöhter Beratungsbedarf besteht.

Angesichts des Fachkräftemangels in vielen Berufen wurden auf Bundesebene mehrfach Verbesserungen bei der Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen angekündigt, die jedenfalls von allen Partner*innen des Qualifikationsplans begrüßt werden, um dequalifizierte Beschäftigung zu verhindern.

Themenfeld: Existenzsicherung

Existenzsicherung bei länger dauernder Ausbildung von arbeitslosen Personen

Der waff hat im Jahr 2021 mit der Einführung des Wiener Ausbildungsgeldes eine richtungsweisende Entwicklung eingeleitet. Personen, die Ausbildungen im Rahmen von Implacementstiftungen im Bereich Daseinsvorsorge machen, erhalten zusätzlich zu ihrem AMS-Leistungsbezug das Wiener Ausbildungsgeld, damit sie die Dauer der Ausbildung finanziell durchstehen. Es war damit immer die Forderung verbunden, dass der Bund seiner Verpflichtung zur Existenzsicherung von Arbeitslosen nachkommen muss, und die Mittel des Landes nur subsidiär eingesetzt werden. Mit der Einführung des AMS-Pflegestipendiums wurde österreichweit eine Zuschussleistung implementiert, die unmittelbar auf das Wiener Ausbildungsgeld wirkte. Seit 1.1.2024 leistet das AMS Wien außerdem durch den neu eingeführten Schulungszuschlag existenzsichernde Unterstützung während einer Ausbildung. Im Jahr 2023 wurde das Wiener Ausbildungsgeld aus Landesmitteln auch auf Ausbildungen im Bereich Digitalisierung und Klimaschutz ausgedehnt.

Der waff plant, das Wiener Ausbildungsgeld im Bereich Daseinsvorsorge, Digitalisierung und Klimaschutz auch in den nächsten beiden Jahren fortzuführen, allerdings immer in Abhängigkeit und in Abstimmung mit den jeweils geltenden Leistungen seitens des AMS. Im Rahmen von Implacementstiftungen ist vorgesehen, dass Betriebe einen monatlichen Zuschuss zahlen sollen. Hier soll es jedenfalls im Bereich der Daseinsvorsorge zu einer Verwaltungsvereinfachung kommen. Künftig soll es auch für arbeitslose Mindestsicherungsbezieher*innen einen Schulungszuschuss geben, wofür noch das Wiener Mindestsicherungsgesetz geändert werden muss.

Es bleibt weiterhin die Forderung an den Bund bestehen, vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftebedarfes vor allem die Höherqualifizierung von arbeitslosen Personen zu forcieren und insbesondere Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung höher zu qualifizieren und für deren hinreichende Existenzsicherung zu sorgen.

Existenzsicherung von Lehrlingen im Erwachsenenalter

Das Eintrittsalter in eine Lehrausbildung liegt häufig weit über dem 15. Lebensjahr, sodass Lehrlinge bis zu ihrem Lehrzeitende über 19 Jahre alt sind. Ausbildungsabbrüche hängen oft damit zusammen, dass das Lehrlingseinkommen nicht für die Existenzsicherung reicht, insbesondere wenn schon eine eigene Wohnung oder Kinder erhalten werden müssen.

Die WKW plant ein Projekt zur Verbesserung der Existenzsicherung für Lehrlinge im Erwachsenenalter in Form eines Stipendiums oder einer Beihilfe, die direkt an die Lehrlinge ausgeschüttet werden soll.

Im Rahmen des Projekts soll auf der Ebene der Sozialpartner die grundsätzliche Ausrichtung, Zielsetzung, sozialrechtliche und steuerrechtliche Einordnung geklärt werden. Nicht zuletzt wären auch mögliche Finanzierungsquellen für ein derartiges Stipendium zu prüfen.

Laufende Programme

Die Zielgruppe des Qualifikationsplans ist überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Insofern ist das **Beratungs- und Schulungsangebot des AMS** einer der zentralen Hebel, wenn es darum geht, Zeiten der Arbeitslosigkeit für eine Höherqualifizierung zu nutzen. Als Beispiel sei die Arbeit der sieben Wiener BerufsInfoZentren (BIZ) des AMS Wien genannt, die formal nicht oder gering qualifizierte Personen über Aus- und Weiterbildungsangebote durch Berufs- und Bildungsberatung, Infoveranstaltungen und Workshops informieren und motivieren. Vielfach ist das AMS jene Einrichtung, über die Personen ohne Berufsausbildung erstmals mit dem Thema Spracherwerb, Digitale Kompetenzen und Basiskompetenzen in Berührung kommen. Deutsch- und Wertekurse für neu zugewanderte Personen fallen in die Kompetenz des ÖIF. Das AMS ist beim Zugriff auf diese Kurse für AMS-Kund*innen darauf angewiesen, dass der ÖIF ausreichende Kapazitäten in der nötigen zeitlichen Verfügbarkeit anbieten kann. Sinnvoll ist, den Erwerb und die Verbesserung der Deutschkenntnisse mit einer fachlichen Qualifizierung zu verschränken. Die **Sprachkompetenzen** können dann unmittelbar verwertet werden und die Personen verlieren nicht unnötig Zeit mit Wartezeiten, bis ein nachfolgender Bildungsschritt möglich ist.

Der Umfang und die Ausgestaltung des AMS-Kursangebots ist unmittelbar abhängig von der budgetären Ausstattung des AMS. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und der 2024 zu Ende gehenden Legislaturperiode, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar, wann das AMS Sicherheit über das Budget des Jahres 2025 haben wird, und geht insofern vorausschauend vorsichtig in die Planung für das kommende Arbeitsjahr. Vertraglich sichert sich das AMS zumeist Aufstockungsoptionen, die dann gezogen werden können, wenn das AMS den budgetären Spielraum dafür hat. Vorrangige Zielsetzung des AMS ist immer die Vermittlung. Die Qualifizierung und Höherqualifizierung ist eines der zentralen Hilfsmittel, um die Vermittlungschancen zu verbessern, sofern nicht andere gravierende Hindernisse im Weg stehen.

Im AMS wurden zunächst im Pilotbetrieb **Matching mit Kompetenzen** bei Bildungsträgern und in Beratungs- und Betreuungseinrichtungen des AMS getestet. Bei der ersten Arbeitslosigkeitsmeldung werden die Antworten auf die Frage „Was haben sie bisher gemacht?“ entsprechend der im Berufsinformationssystem hinterlegten Kompetenzen erfasst und bei der weiteren Betreuung und Vermittlung berücksichtigt. Vor allem für Zielgruppenpersonen des Qualifikationsplans, die wenig bis gar keine formalen Bildungsschritte bzw. –abschlüsse vorlegen können, hilft dieses Tool, um passgenauere Jobvorschläge machen zu können und dequalifizierte Beschäftigung hinten zu halten. Das Kompetenzmatching ist mittlerweile im Regelbetrieb, die Erfassung der Kompetenzen erfolgt durch die AMS-Berater*innen mit Unterstützung der Kursträger.

Das **Wiener Anerkennungssystem „Meine Chance – Ich kann das!“** zur Anerkennung von informell und nonformal erworbenen Kompetenzen für das Nachholen eines Lehrabschlusses wird weiterhin gepflegt und weiterentwickelt.

Das **Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung** (BZBW) ist die Anlaufstelle für Beschäftigte Wiener*innen, die sich mit ihren beruflichen Entwicklungschancen auseinandersetzen wollen und erreicht die Zielgruppe des Qualifikationsplans sehr gut, weil der waff sehr zielgruppenadäquate Angebote entwickelt hat. Beim Chancen-Scheck wurde 2023 als Reaktion auf die hohe Inflation und Teuerung die Förderhöhe für das Nachholen von Formalabschlüssen von € 3.000,- auf € 5.000,- angehoben. Für andere Weiterbildungen wurde die Förderhöhe von € 1.000,- auf € 3.000,- hinaufgesetzt, was längere Bildungsketten ermöglicht. Die Weiterbildungsbeteiligung von gering Qualifizierten hat sich nach dem Einbruch der Corona-Jahre wieder positiv entwickelt. Auch die Inanspruchnahme des Chancen-Schecks steigt und zeigt, dass es in der Kombination von Beratung und finanzieller Unterstützung gut gelingt, die „Qualiplan-Zielgruppe“ zu Weiterbildung und zum Nachholen von Bildungsabschlüssen zu motivieren.

Der waff plant, im Rahmen der durch die mehrjährige Finanzierungsvereinbarung gesetzten Grenzen sowohl die individuelle Beratung als auch die finanzielle Unterstützung für berufliche Weiterbildung fortzusetzen. In der Kombination mit den vielfältigen Initiativen zur Information und Motivation (siehe auch im entsprechenden Handlungsfeld) sollte es gelingen, vor allem jene Personen zu erreichen, die vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftebedarfs am Wirtschaftsstandort genau für die gefragten Qualifizierungen gewonnen werden können.

Für Wien sind Neuzuwander*innen und ihre rasche Integration ins Erwerbsleben von zentraler Bedeutung. Die Willkommenskultur der Stadt drückt sich im Programm „**StartWien**“ aus, das seit vielen Jahren von der Abteilung für Integration und Diversität umgesetzt wird und 2023 konzeptionell erneuert wurde. Es adressiert Personen, die aus Drittstaaten oder dem EWR-Raum kommen und sich neu in Wien niederlassen. Sie erhalten im Rahmen von „StartWien“ ein Willkommenspaket mit einem Startcoaching in mehr als 20 Sprachen, Wiener Sprachgutschein im Wert von € 150,-, und Info-Module. Die Info - Module umfassen die Themen Aufenthaltsrecht, Arbeitswelt, Bildung, Gesundheit, Familienleben, Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Wohnen und Zusammenleben. Auf der StartWien Website (<https://start.wien.gv.at/>) gibt es in verschiedenen Sprachen Infos zu den Info-Modulen und Erklär-Videos. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem mit dem waff gemeinsam durchgeführten Info-Modul „Muttersprachliche Berufserstinformation“ zur Unterstützung des beruflichen Einstiegs und der Nutzung der mitgebrachten Ausbildungen und Kompetenzen.

Handlungsfeld 3: Information und Motivation

Ausgangslage

Formal gering qualifizierte Personen haben eine wesentlich geringere Weiterbildungsbeteiligung als Personen, die höhere Bildungsabschlüsse haben. Sie arbeiten in prekären Jobs, die unregelmäßige Arbeitszeiten und hohe körperliche Belastungen mit sich bringen. Sie sind weniger in betriebliche Weiterbildung eingebunden. Oft ist der erwartbare Nutzen einer Weiterbildung oder Höherqualifizierung für die Betroffenen nicht erkennbar. Teilweise fehlt es auch einfach an Orientierung oder an Institutionenwissen.

Durch die Covid-Krise ist die Weiterbildungsbeteiligung zunächst noch weiter eingebrochen und nunmehr ist ein gewisser Aufholeffekt erkennbar. Die vergangenen Jahre haben auch gezeigt, dass über Social Media-Kanäle Informationen an die Zielgruppe des Qualifikationsplans gut verbreitet werden können. Wenn zum richtigen Zeitpunkt die Menschen emotional berührt werden, und sie gut zu weiterführenden Informationen weitergeleitet werden, können sich daraus weitere Schritte in Richtung eines konkreten Qualifizierungsschrittes ergeben.

Die Information und Motivation ist sehr eng verflochten mit den eigentlichen Unterstützungsmaßnahmen. Sie ist aber so zentral, um Menschen zu erreichen, dass hier ausgewählte Maßnahmen in einem eigenständigen Handlungsfeld dargestellt werden.

Strategisches Ziel

„Wir gehen aktiv mit Information und Beratung über berufsbezogene Aus- und Weiterbildungsangebote auf unsere Zielgruppe zu.“

Entwicklungsprojekte

Future Fit Festival

Der waff wird gemeinsam mit zahlreichen Partner*innen und in enger Kooperation mit den Bezirksvorsteher*innen im Jahr 2025 das "Future Fit Festival" veranstalten. Geplant sind dabei mehr als 200 Veranstaltungen in ganz Wien rund um Zukunftschancen in besonders relevanten Berufsfeldern wie MINT, Gesundheit und Soziales oder Klima, Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung. Begleitet wird das Festival von einer zielgruppenspezifischen Begleitkampagne, die besonders auch auf Niedrigschwelligkeit Rücksicht nimmt.

Nicht wieder Mary 2

Der waff hat im Jahr 2023 mit der Social-Media-Pflege-Soap ein innovatives Kommunikationsformat entwickelt - mit dem Ziel, neue Zielgruppen für den Einstieg in Pflege- und Sozialberufe zu gewinnen. Da dieses Ziel sehr gut erreicht wurde (Bewerber*innensteigerung von knapp 50 Prozent), soll 2025 eine zweite Staffel veröffentlicht werden - mit Schwerpunkt Elementarpädagogik.

Social Media Aktivitäten des AMS Wien

Das AMS Wien baut seine Social Media Aktivitäten ständig aus, um zielgruppenorientiert über die vielfältigen Ausbildungsangebote des AMS Wien auf den unterschiedlichen Kanälen zu informieren. Relevante Inhalte sind zum Beispiel die Überbetriebliche Lehrausbildung, die Ausbildung zu Zukunftsjobs wie Green Jobs und Pflegeberufe und die Beratung in den BerufsInfoZentren des AMS Wien.

Online Veranstaltungen

Darüber hinaus bietet das AMS Wien ein vielfältiges Angebot an Online Veranstaltungen an zum Thema Aus- und Weiterbildung und Karrierewege. Diese besonders niederschwellige Angebot wird gut angenommen und daher weiter forciert.

Über die neue Plattform AMS 360 stehen außerdem ein virtuelles BerufsInfoZentrum, virtuelle Erstinfo-Veranstaltungen und virtuelle Jobbörsen zur Verfügung.

Laufende Programme und Initiativen:

Der waff wird 2024 insgesamt sechs **Wochen für Beruf und Weiterbildung** organisieren und damit rund 6.000 Wiener*innen adressieren. Die Wochen für Beruf und Weiterbildung umfassen jeweils eine große messeartige Veranstaltung mit Beratungsangeboten unterschiedlichster Einrichtungen wie dem AMS Wien, dem waff, der Stadt Wien - Integration und Diversität, dem Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung, dem Sozialministeriumservice und der AK Wien. Darüber hinaus gibt es kleinteiligere Veranstaltungen den Partner*innen in den Bezirken, bei denen ebenfalls berufsbezogene Informationen und Aktionen geboten werden. Die Wochen für Beruf und Weiterbildung bieten einen sehr niedrigschwelligen Zugang zu Information und Beratung geboten.

Der waff führt **Vor-Ort-Beratungen** in Gemeindebauten und großen Wohnhausanlagen durch und kommt damit an Personen heran, die sich ohne diesen Impuls nicht mit Weiterbildungsmöglichkeiten beschäftigt oder eine Beratung in Anspruch genommen hätten. Um formal gering qualifizierten Personen einen möglichst niederschwelligen Zugang zu Information und Beratung anzubieten, führt der waff auch Vor-Ort-Beratungen bei und mit verschiedenen Kooperationspartner*innen durch wie etwa Kindergärten der Stadt Wien, städtischen Büchereien, der Frauenberatung Wien, den Wohnpartnern oder Wiener Wohnen

Strategische Steuerung und Monitoring

Bekenntnis der Institutionen zur gemeinsamen Zielsetzung

Der Qualifikationsplan Wien 2030 hat nach wie vor wichtige Aufgaben vor sich. Das Arbeitsprogramm 2024–2026 benennt konkrete Vorhaben und Maßnahmen der Kooperationspartner*innen, die in der kommenden Arbeitsperiode zur Erreichung der strategischen Ziele geplant oder in Umsetzung sind.

Die Steuergruppe Qualifikationsplan Wien 2030 setzt sich weiterhin ambitionierte Ziele, wobei klar ist, dass es externe Faktoren gibt, die auf regionaler Ebene kaum oder gar nicht zu steuern sind, wie die Corona-Krise, die Ukraine-Krise und Flucht- und Migrationsbewegungen zeigten. Innerhalb eines dreijährigen Planungshorizonts kann es zu Unwägbarkeiten – sowohl in budgetärer Hinsicht als auch im institutionellen Umfeld – kommen, die geplante Vorhaben verändern oder verunmöglichen können.

Die Kooperationspartner*innen haben in Hinblick auf die strategischen Zielsetzungen des Qualifikationsplans, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich, maßgebliche Umsetzungsverantwortung. Sie nehmen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich Einfluss auf von ihnen gesetzte Maßnahmen. Jede Organisation verfolgt nicht ausschließlich die Ziele des Qualifikationsplans, sondern muss je nach Zuständigkeit und budgetärer Ausstattung auch andere Aufgaben erfüllen.

Steuergruppe Qualifikationsplan Wien 2030

Die Steuergruppe Qualifikationsplan Wien 2030 setzt sich wie folgt zusammen:

- einer Vertretung der Stadt Wien, die vom Stadtrat oder der Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke nominiert wird,
- jeweils einer Vertretung des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB), der Arbeiterkammer Wien (AK Wien), der Wirtschaftskammer Wien (WKW) und der Industriellenvereinigung Wien (IV Wien),
- den Geschäftsführungen des Arbeitsmarktservice Wien (AMS Wien) und des Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (waff),
- der Landesstellenleitung des Sozialministeriumservice Wien (SMS Wien),
- einer Vertretung der Bildungsdirektion Wien (BD Wien) und
- den Leitungen der maßgeblichen Magistratsabteilungen aus den Geschäftsgruppen Wirtschaft, Bildung, Integration und Soziales.

Alle oben genannten Mitglieder haben überdies die Möglichkeit, zumindest eine Expertin oder einen Experten zu den Sitzungen der Steuergruppe mitzunehmen. Im Rahmen der Sitzungen der Steuergruppe informieren sich die Institutionen über den Stand der Umsetzungsaktivitäten und berichten über aktuelle Problemstellungen. Die Mitglieder der Steuergruppe sind bereit, gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln und den Qualifikationsplan in Bezug auf aktuelle oder strukturelle Herausforderungen weiterzuentwickeln und insbesondere auch die Verbindung zum Fachkräftezentrum und zum Projekts „Berufsorientierung Wien“ zu pflegen und Synergien zu schaffen.

Monitoring und Berichtswesen

Der waff führt die Sammlung und Aufbereitung von Daten und Berichtsbeiträgen aus den umsetzungsverantwortlichen Organisationen weiter.

Impressum

Redaktion:

Mag. Gabriel Hilbrand, Bakk., Stadt Wien – Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Mag.^a Mag. Antonia Wenzl, waff

Mag.^a Ursula Adam, waff

Downloads: www.waff.at

IMPRESSUM – Herausgeber: Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds
Lassallestraße 1, 1020 Wien, Juni 2024

